



Bidens Lockruf wirkt

Das amerikanische Konjunktur- und Klimapakete verletze die **WTO-Regeln**, moniert Brüssel. Auch Bern sucht das Gespräch mit den US-Behörden.

FABIENNE KINZELMANN

Der amerikanische Markt ist für Schweizer Firmen noch attraktiver geworden. Der «Inflation Reduction Act» (IRA) inklusive des 369 Milliarden schweren Klimapakets lockt zukunftsträchtige Industrien mit hohen Subventionen und Steuergutschriften.

Das ETH-Spin-off Climeworks etwa, das CO₂ aus der Atmosphäre entfernt, hat in den USA bereits ein Team aufgebaut. «Sie fördern uns stark, damit wir dorthin gehen – und es funktioniert», sagt der Klimapolitikchef des Unternehmens, Christoph Beuttler, in einem Interview mit der «Handelszeitung».

Vom grossen Geld aus dem Weissen Haus wollen noch mehr Schweizer Firmen profitieren, wie Recherchen der «Handelszeitung» zeigen. Demnach planen mehrere hiesige Unternehmen aufgrund des IRA den Neuaufbau oder Ausbau ihrer Aktivitäten in den USA. Das könnte die Schweizer Wirtschaft erschüttern und schädigen.

«Alle werden in den USA investieren», sagt der Chef eines börsenkotierten Schweizer Unternehmens gegenüber der «Handelszeitung». Und er malt ein düsteres Bild: «Die Industrie wird in Europa erodieren.»

Denn «America first» gilt auch unter Biden. Der ohnehin attraktive US-Markt lockt nun mit zusätzlichen Staatsgeldern – solange die Firmen massgeblich in den USA produzieren. Aus Sicht Brüssels erschüttern die gesetzlichen Änderungen, die grösstenteils per 1. Januar 2023 in Kraft treten, die industrielle Basis der EU und verstossen gegen die Regeln der Welthandelsorganisation (WTO).

Martin Naville von der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer bestätigt die breiten Expansionspläne der Schweizer Firmen: «Zahlreiche unserer Mitglieder wollen investieren.» Mit Ausnahme der Kosten für Fachkräfte und einiger Lieferketten-schwierigkeiten sei der amerikanische Markt für Schweizer Firmen «super». Zudem lockten Steuergeschenke, wie ein Firmenchef gegenüber der «Handelszeitung» sagt: Ihm sei bei Investitionen der Erlass der halben Steuerbelastung versprochen worden.

Bern befürchtet Wettbewerbsverzerrung

Die Schweiz verfolgt Bidens Pläne kritisch. «Die Schweiz ist im Kontakt mit den US-Behörden, um die Gleichbehandlung ihrer Unternehmen in den USA zu gewährleisten, insbesondere hinsichtlich ihrer wichtigsten Mitbewerber», teilt Seco-Sprecher Fabian Maienfisch auf Anfrage mit. Bereits seit den ersten Entwürfen des «Build Back Better»-Projekts, das massgeblich in die IRA einfließt, gebe es einen «Dialog auf verschiedenen Ebenen zu den möglichen Auswirkungen der Massnahmen».

Der offenbar enge Austausch zwischen Bern und Washington zeigt, wie ernst die aggressive amerikanische Wirtschaftsförderung genommen wird.

Während die Schweiz die im IRA verankerten Klima- und Energiemassnahmen im Rahmen der globalen klimapolitischen Anstrengungen als «grundsätzlich positiv» begrüsst, befürchtet Bern auch negative Auswirkungen für die schweizerische Wirtschaft – besonders in Sachen Medikamentenpreise.

Mit dem IRA darf Medicare, die staatliche Krankenkasse für Senioren und Seniorinnen, ab Mitte des Jahrzehnts erstmals Preisverhandlungen mit Pharmaunternehmen durchführen. Und bereits ab dem kommenden Jahr müssen Arzneimittelhersteller, deren Preiserhöhungen die Inflation überschreiten, Medicare einen Rabatt gewähren.

«Es gilt überdies, die protektionistischen Elemente des IRA wie auch anderer US-Massnahmen im Blick zu behalten», sagt Seco-Sprecher Maienfisch. Diese zeichneten sich zum Beispiel im Bereich der Elektrofahrzeuge und Batterien ab, einer entscheidenden Zukunftsbranche beziehungsweise Schlüsseltechnologie. Zudem bestehe das Risiko, dass wegen der US-Förderinstrumente für die lokale Produktion ganze Wertschöpfungsketten in die USA verlagert werden könnten.

Bern treiben offenbar ähnliche Sorgen um wie Brüssel: «Solche Massnahmen müssen im Einklang mit internationalen Regeln ausgestaltet werden, insbesondere dem WTO-Recht.» Bei den vorgesehenen Steuerreformen wolle man verfolgen, wie diese sich in die internationale Steuerordnung und in bilaterale Übereinkommen einordnen.

Noch haben die EU und die Schweiz offenbar Zeit, zu reagieren. Erst kürzlich trafen sich die wichtigsten europäischen Wirtschaftsführerinnen und -führer mit Emmanuel Macron, um ihn vor den Auswirkungen des IRA zu warnen. Bei dem Treffen sass auch Schweizerinnen und Schweizer mit am Tisch.



Am Dienstagabend will der französische Staatspräsident zu einem dreitägigen Besuch nach Washington aufbrechen, um das Thema mit Biden zu besprechen.

Warnschuss für die heimische Wirtschaftspolitik?

Auch die Schweiz schaut persönlich nach dem Rechten. Im Dezember reist Seco-Staatssekretärin Helene Budliger Artieda gemeinsam mit Vertre-

den der Privatwirtschaft an die US-Ostküste zu hochrangigen Gesprächen zum Thema. Ob es heimischen Politikerinnen und Politikern allerdings gelingt, Bidens Wirtschaftskurs noch umzulenken, ist unklar.

Mögliche Änderungen am IRA müssten zurück in den Kongress – der das Gesetz im Sommer nur mit knapper Mehrheit verabschiedete. Und der US-Präsident selbst ist offenbar sehr zufrieden mit der Gesetzgebung.



Mit dem «Inflation Reduction Act» ganze Wertschöpfungsketten ins Land locken: US-Präsident Joe Biden in Ohio.